

Initiativantrag

**der unterzeichneten Abgeordneten des Oberösterreichischen Landtags
betreffend
die Änderung der vergaberechtlichen Grundlagen bei der Beschaffung von
Lebensmitteln für öffentliche Einrichtungen**

Gemäß § 25 Abs. 6 Oö. LGO 2009 wird dieser Antrag als dringlich bezeichnet.

Der Oö. Landtag möge beschließen:

Die Landesregierung wird ersucht, sich bei der Bundesregierung dafür einzusetzen, dass diese auf europäischer Ebene darauf hinwirkt, dass die Schwellenwerte der EU-Vergaberichtlinien entgegen dem aktuellen Trend wieder angehoben werden, um damit dem Kriterium der Regionalität im öffentlichen Einkauf von Lebensmitteln im Sinne einer regionalen und ökosozialen Marktwirtschaft ein stärkeres Gewicht zukommen zu lassen.

Begründung

Da der Anteil von Mahlzeiten, der in Kantinen, Mensen und sonstigen öffentlichen Einrichtungen verzehrt wird, laufend steigt, sollte die Herkunft der dort verwendeten Lebensmittel besser nachvollziehbar sein und die Regionalität der verwendeten Produkte eine größere Rolle spielen. Auch wenn es in einigen Unternehmen, beispielsweise in der Gastronomie und im Handel, bereits zahlreiche Bemühungen gibt, die Herkunft der verwendeten Produkte auszuweisen und vorrangig regionale Lebensmittel zu verwenden, ist eine Steigerung noch möglich.

Das Land Oberösterreich setzt in seinen Betrieben eine Vielzahl von Maßnahmen, um durch eine gezielte Einkaufsstrategie und Speiseplangestaltung in den landeseigenen Küchen den Anteil der regional bezogenen Lebensmittel zu steigern. Diese Bemühungen stoßen jedoch im vorliegenden gesetzlichen Rahmen immer wieder an Grenzen. Die europarechtlichen Grundlagen des freien Binnenmarktes und das Bundesvergabegesetz schränken die Möglichkeiten ein, Regionalität im öffentlichen Einkauf zum entscheidenden Kriterium zu machen.

Für viele Menschen sind die Schule, der Kindergarten, das Pflegeheim, das Krankenhaus oder ein anderer öffentlicher Betrieb der tägliche Hauptverpflegungsort für das Mittagessen und allfällige Zwischenmahlzeiten. Die Erhöhung des Anteils regionaler, saisonaler und biologischer Lebensmittel für die Außer-Haus-Verpflegung stärkt nicht nur die regionale Wirtschaft, sondern trägt erheblich zur Verringerung langer Transportwege im Sinne des Klimaschutzes bei.

Um künftig eine Beschaffung für alle Einrichtungen und Küchen der öffentlichen Hand mit dem stärker gewichteten Entscheidungskriterium der Regionalität zu ermöglichen, ersuchen die unterzeichnenden Abgeordneten die Landesregierung, sich bei der Bundesregierung für eine Anpassung der gesetzlichen Grundlagen auf Bundesebene sowie bei den europäischen Institutionen einzusetzen.

Linz, am 28. Jänner 2020

(Anm.: Fraktion der GRÜNEN)
Hirz, Schwarz, Mayr, Buchmayr

(Anm.: ÖVP-Fraktion)
Kirchmayr, Dörfel, Hattmannsdorfer, Oberlehner, Frauscher

(Anm.: FPÖ-Fraktion)
Mahr

(Anm.: SPÖ-Fraktion)
Makor, Weichsler-Hauer